Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 25 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 74. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend den 27. März 1926

Abrechnung.

Erklättet, verstimmt sind die großen Herren von dem aufregenden Sechstagerennen am Genfer See nach Hause zurückgekehrt. Hier sollte es ihnen nun ordentlich an den Kragen gehen, wurde allgemein prophezeit, denn die Völker würden ihre Opfer für die Genfer Enttäuschung verlangen und nicht danach fragen, wo das größere oder kleinere Schuldquantum vorliege. Aber siehe da! Es hat sich nichts gerückt und nichts gerührt in der Phalanx der in Genf Erfolglosen. Am leichtesten hatte es noch Herr Briand. Er brauchte vor der Französischen Kammer überhaupt nicht den Mund aufzumachen, weil ihre ganze Aufmerksamkeit immer noch durch die leidigen Finanzsorgen gefesselt war, mit denen sie sich schon seit Monaten, Tag und Nacht kann man wahrheitsgemäß sagen, beschäftigt, ohne der Stacheln und Widerhaken, die in ihnen in großer Zahl vorhanden sind, Herr werden zu können. Selbst für die Verträge von Locarno hatte die Kammer gerade noch im allerletzten Augenblick, als der Ministerpräsident schon auf dem Sprunge war, nach Genf zu fahren, ein paar Nachmittagsstunden erübrigen können; jetzt aber möchte sie nicht einmal aufblicken, um sich auch nur flüchtig für das Fiasko des Völkerbundes zu interessieren. Herr Briand legte, kaum dem Salonwagen des Genfer Sonderzuges entstiegen, seine neue Regierungserklärung — die elfte wohl in seinem wechselreichen parlamentarischen Leben — der Kammer vor; es gab eine stürmische Debatte, die sich ausschließlich um die innere und insbesondere um die Finanzpolitik drehte und in der dem Herrn Malvy, dem Innenminister, so übel mitgespielt wurde, daß er ohnmächtig aus dem Hause getragen werden mußte. Aber das Vertrauensvotum für Briand war im Handumdrehen zur Stelle und er kann nun weiter sehen, wie er das Spiel um Genf abbrechen, fortsetzen oder zu Ende führen will. In Frankreich „vertraut" man ihm — warum soll man ihm dann nicht auch außerhalb der großen Republik vertrauen?

*

Nicht viel schwieriger verliefen die Dinge im Oberhaus und im Unterhaus für Herrn Chamberlain. Er war derjenige, der seine schwere Enttäuschung über den Ausgang der Genfer Verhandlungen am deutlichsten zur Schau trug. Fast könnte man glauben, daß er es selber am liebsten gesehen hätte, wenn das britische Parlament ihn von der weiteren Sorge um die Zukunft des Völkerbundes befreit hätte. Aber kaum atmete er wieder die ganz besonders geartete Luft des Unterhauses, als er mit alter Verbissenheit mit seinem intimsten Gegner Lloyd George die Klingen kreuzte. Ein rascher Hieb und der Mann mit dem großen Mund — damit ist nicht Herr Chamberlain gemeint — konnte eine neue, nicht gerade sehr ehrenvolle Niederlage sein eigen nennen. Und die einmütige, die gewaltige Entrüstung der öffentlichen Meinung in England über die Schlappe, die zweifelhafte Haltung des Außenministers? Wo ist sie geblieben? Ach, wenn wir das doch lernen wollten: der Engländer ist nun einmal kein Gemütsmensch. Jawohl, auch er empört sich gelegentlich über dies oder das, lärmt und tobt, wenn irgend etwas Arges auf der Welt passiert, und schwört Stein und Bein, daß so etwas niemals wieder vorkommen dürfe. Aber der See, den er rasen läßt, will kein Opfer haben. Sobald ihm wieder zum Bewußtsein kommt, daß das eigene nationale Interesse auf dem Spiel steht, dann beruhigt er sich mit einer Plötzlichkeit, die oft eines komischen Eindrucks nicht entbehrt, die für ihn aber so selbstverständlich ist, daß er sich um des vaterländischen Vorteils willen seelenruhig selbst dem Fluche der Lächerlichkeit preisgibt. Die Nation über alles. Mag auch Herr Chamberlain ein durchaus nicht einwandfreies Spiel mit Deutschland getrieben, mag er seine Instruktionen für Genf so — sagen wir einmal — vorsichtig befolgt haben, daß ihm nichts Böses und nichts Gutes nachzuweisen ist, es hat sich sehr bald herausgestellt, daß er dem Britischen Reich unbedingt erhalten bleiben muß. Also ist das Spiel für jeden echten Engländer ohne weiteres aus und erledigt. Der Vorhang fällt und ein anderes Spiel kann beginnen.

*

Am schwersten hatten es noch die deutschen Delegierten, obwohl sie ganz gewiß nur als Leidtragende, nicht als Schuldige zurückgekommen waren. Daß die Abrechnung mit ihnen zu einer sachlichen oder auch nur zu einer persönlichen Lösung unserer Verhältnisse führen würde, hat wohl auch der schärfste Gegner nicht angenommen. Man konnte vielleicht erwarten, daß sie das unschöne Intrigenspiel, dessen Opfer sie geworden waren, noch schärfer und schonungsloser geißelten, als sie es zu tun für richtig hielten. Auch daß sie gegenüber den kommenden Verhandlungen über die Umgruppierung des Völkerbundes eine noch stärkere Zurückhaltung zeigten, wurde wahrscheinlich von manchen temperamentvollen Deutschen gewünscht. Aber Luther und Stresemann müßten nicht sein, wer und was sie sind, wenn sie nicht an einmal gefaßten Überzeugungen, oder, wie ihre Gegner sagen, Illusionen auch über Rückschläge und Enttäuschungen hinweg festhielten. Erst die Zukunft kann entscheiden, ob es in den Tatsachen wurzelnde Überzeugungen waren, ob in holder Frühlingsluft entsprossene Illusionen, die der nächste Winter wieder zerstören mag. Herr Chamberlain jedenfalls hat inzwischen das Gleichgewicht seiner Seele vollkommen wiedergefunden. Er ist Ehrenbürger von London geworden und findet nun, daß er eine übertriebene Sprache geführt habe, als er die Vorgänge in Genf eine Tragödie nannte. So schlimm sei es ja gar nicht gewesen. Mit der Zeit und mit gutem Willen werde schon alles wieder in Ordnung kommen.

*

Abrechnung in der großen Politik — und wie sieht's mit der kleinen? Aus dem Winter sind wir endlich heraus und da wollen uns manche Sorgen nicht mehr gar so groß erscheinen wie einst im November und Februar, da der Schrecken der mit unheimlicher Regelmäßigkeit ansteigenden Arbeitslosen- und Konkurszahlen uns allen in den Gliedern steckte. Sogar der Humor darf wieder verlangen, nicht gar zu kurz zu kommen, selbst wenn es politische Herostraten sind, die ihn uns aufnötigen. Soll man nicht lachen dürfen, wenn man jetzt hört, daß, als Hindenburg zum Messebesuch nach Leipzig kam, dort mehrere hundert Polizeibeamte plötzlich dienstunfähig wurden, und daß diese auffällige Erscheinung nach langwierigen Untersuchungen endlich ihre Aufklärung in der Feststellung gefunden hat, daß den für die Polizeimannschaften hergerichteten Speisen auf irgendeine geheimnisvolle Weise ein — Abführmittel zugesetzt worden ist? Sind das nun noch ernsthaft zu bekämpfende Gegner in der Politik, die so etwas als einen Heldenstreich ansehen und ausführen? In Wirklichkeit ist das kaum noch einem mittelmäßig ausgebildeten Verstande angemessen, es grenzt an Idiotie und man muß mit mitleidigem Lächeln daran vorbeigehen. Fragt sich nur, ob die von diesem sogenannten Ulk betroffenen Mannschaften die Sache ebenso harmlos finden werden.

Dr. Sy.

Niederlage der preußischen Regierung.

Mit 6 Stimmen in der Minderheit.

Berlin, 26. März. In der heutigen Sitzung des Preußischen Landtags wurde das Hauszinssteuergesetz in dritter Lesung erledigt. In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz mit 198 gegen 192 Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Dieses Ergebnis wurde mit großem Tumult im ganzen Hause aufgenommen.

Herabsetzung des Reichsbankdiskonts um 1 Prozent.

Dr. Schacht über die Lage der Reichsbank

Berlin, 26. März. Der Zentralausschuß der Reichsbank hat beschlossen, von Sonnabend ab den Wechseldiskont von 8 auf 7 Prozent und den Lombardzinsfuß von 9 auf 8 Prozent herabzusetzen. Ferner ermäßigt die Golddiskontbank mit Wirkung von Sonnabend ab ihren Diskontsatz von 6 auf 5½ Prozent. — In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank gab der Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Ueberblick über die Entwicklung der Lage der Bank im neuen Jahre. In den letzten beiden Monaten ist die Anlage in Wechsel, Lombard- und Wertpapieren von 1588 Millionen Reichsbank auf 1340 Millionen zurückgegangen. Notenumlauf und Gesamtzahlungsmittelumlauf haben sich zwar noch ein wenig ausgedehnt, indes ist die Deckung der umlaufenden Noten durch Effektivgelder von 53,4 auf 57,6 Prozent, die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen von 69,6 auf 76,9 Prozent gestiegen. Am Geldmarkt hat die Senkung der Zinssätze seit der letzten Diskontermäßigung Fortschritte gemacht. Der Präsident sprach die Hoffnung aus, daß die weitere Diskontsenkung ein weiteres Herabgehen des Zinsniveaus nach sich ziehen und damit der notleidenden Wirtschaft einige Erleichterungen verschaffen würde.

Der Inhalt des Steuerkompromisses

Erhöhung der Friedensmieten erst 1927.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hatte in seiner großen Etatsrede in Aussicht gestellt, der völlig daniederliegenden Wirtschaft zu ihrer Belebung neues Betriebskapital zuzuführen. Dr. Reinhold wollte vor allem aber auch der Wirtschaft durch starke Steuersenkungen zu Hilfe kommen, wobei er besonders eine Ermäßigung der Umsatzsteuer im Auge hatte. Die Parteien des Reichstags arbeiten auf Grund des Reinholdschen Finanzprogramms seit einiger Zeit an einem Steuerkompromiß, das jeder die Regierung unterstützenden Partei etwas bringen soll. Mehr als einmal drohten die Verhandlungen fruchtlos zu verlaufen, und vor einigen Tagen hatte es sogar den Anschein, als ob über dieses Steuerkompromiß die Reichsregierung gestürzt werden würde. Nach langwierigen Verhandlungen, die von den Regierungsparteien mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten sowie der Wirtschaftlichen Vereinigung geführt wurden, und denen ständig auch der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und zeitweise auch der Reichskanzler Dr. Luther beiwohnten, ist es zu einer vorläufigen Verständigung über die Änderung der Steuermilderungsvorlage gekommen.

Das neue Kompromiß hält zunächst an der Umsatzsteuer in der Höhe von 0,75 % fest. Eine Senkung der Hauszinssteuer ist für die Zukunft in Aussicht genommen. Es soll in der Vorlage jetzt dadurch zum Ausdruck kommen, daß durch eine Art Sperrgesetz im allgemeinen die Erhöhung der Mieten über 100 % des Friedenssatzes erst ab 1. April 1927 erfolgen kann. Die Luxussteuer wird aufgehoben. Die Fusionssteuer wird im wesentlichen nach den letzten Anträgen der Regierungsparteien festgesetzt, ebenso die Degression der Vermögenssteuer für die kleineren Vermögen. Die Weinsteuer wird aufgehoben; bezüglich der Sektsteuer wird vom 1. Juli ds. Js. eine Banderolensteuer eingeführt, die ungefähr eine Mark pro Flasche beträgt.

Die Salzsteuer fällt fort. Die Biersteuererhöhung, die am 1. April d. Js. eintreten sollte, tritt erst am 1. Januar 1927 in Kraft. Weiter soll eine Resolution angenommen werden, wonach in Zukunft die Zuckersteuer ermäßigt werden soll, wenn man den ausfallenden Betrag durch eine bessere Gestaltung des Branntweinmonopols decken kann. Bezüglich der Erwerbslosen soll die Berechtigung zum Bezug der Unterstützung um 13 Wochen auf 39 Wochen verlängert werden. Ferner soll beschlossen werden, daß der Eigenverbrauch der in der Landwirtschaft mitarbeitenden Familienangehörigen nicht der Umsatzsteuer unterliegen soll. Für Fruchtschaumweine soll die Banderolensteuer ab 1. Juli d. Js. 20 Pfg. pro Flasche betragen.

Der Steuerausschuß des Reichstags stimmte dem Kompromiß im wesentlichen in zwei Lesungen bereits zu. Eine längere Debatte entwickelte sich über die Zahlungstermine für die Einkommensteuer. Von der Regierung wurde dazu erklärt, daß der jetzige Modus bis auf weiteres beibehalten werden müsse, weil sonst den Steuerzahlern im Jahre 1926 oder 1927 zugemutet werden müßte, einmal statt vier Zahlungen fünf zu leisten, was bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage für viele Gewerbetreibende einfach unmöglich wäre. Für die Landwirtschaft bleiben die Vorauszahlungstermine inmitten eines Kalendervierteljahres bestehen. Ihren besonderen Verhältnissen sei überdies durch drei Vorauszahlungstermine anstatt vier bei allen übrigen Steuerpflichtigen hinreichend Rechnung getragen.

Keine Aufwertung der alten Banknoten.

Die wertlosen Tausender.

In der Generalversammlung der Reichsbank nahm der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, zu der Frage der Aufwertung der alten Reichsbanknoten Stellung. Er wies besonders darauf hin, daß sich in letzter Zeit Verbände gebildet hätten, die nachträglich eine Aufwertung der Reichsbanknoten älterer Ausgaben, insbesondere der alten Tausender und Hunderter erzwingen wollen. Zu einem großen Teil wird, so meinte Dr. Schacht, diese Bewegung von Agitatoren berufsmäßig ausgenutzt, die unerfüllbare Hoffnungen erregen.

Die Aufwertung irgendeiner Art von alten Banknoten würde, so führte Dr. Schacht weiter aus, den völligen Umsturz des Bankgesetzes vom Jahre 1924 und einen Bruch der Londoner Verträge darstellen. Die von den Verbänden angegangenen Gerichte bis hinauf zum Kammergericht haben denn auch einhellig die erhobenen Ansprüche mit überzeugender Begründung zurückgewiesen, und wir haben die feste Überzeugung, daß dies auch seitens des nunmehr mit der Sache befaßten Reichsgerichts geschehen wird. Was die wirtschaftliche Auswirkung der Aufwertungsbestrebungen anlangt, so genügt der kurze Hinweis, daß allein an den braunen Tausendern mit dem Datum vom 24. April 1910 noch nominal etwa 128 Milliarden nicht wieder zur Reichsbank zurückgelangt sind; da nun die erhobenen Ansprüche auf volle Einlösung zum Goldwerte (1000 Mark gleich 1000 Goldmark) gerichtet sind, so hätte die Reichsbank allein für diese Tausender noch 128 Milliarden Reichsmark zu zahlen, was natürlich mit dem sofortigen Zusammenbruch der auf ihr beruhenden neuen Währung gleichbedeutend wäre.

Deutscher Reichstag.

(187. Sitzung.) CB. Berlin, 26. März.

Das Haus bewilligte den Etat der Reichspostverwaltung und nahm einstimmig einen deutschnationalen Antrag an, der bessere postalische Versorgung der Landbezirke verlangt. Stundungsgesuche von Fernsprechteilnehmern sollen entgegenkommend behandelt werden.

Debattelos wurde in dritter Lesung die Vorlage betreffend einheitlicher Regelung des Wohnungsgeldzuschusses erledigt. In drei Lesungen wurde die Vorlage betreffend das Helsingforser Übereinkommen zur Bekämpfung des Alkoholschmuggels und das deutsch-polnische Abkommen über das Netzegebiet erledigt. Der Schiedsvertrag mit Estland wurde dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF